
Systemkrise

Legitimationsprobleme
im grünen Kapitalismus

Philipp Staab

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2823

Vor ein paar Jahren noch gingen Hunderttausende für ambitioniertere Klimaziele auf die Straße. Heute protestieren vor allem jene Gruppen, die von einer solchen Politik belastet würden: Landwirte, Pendler, Hauseigentümer. Das Projekt einer ökologischen Transformation scheint erschöpft.

Philipp Staab diagnostiziert eine tiefgreifende Systemkrise. Die Aussicht auf Modernisierung erzeugt nicht länger Legitimität. Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden Steuerungsversuche des Staates als übergriffig. Immer öfter wird aus Abwehr sogar offene Ablehnung nicht nur der Klimawende, sondern liberaler Grundwerte und der Demokratie als solcher. Der »grüne Fortschritt«, so Staab, ist selbst zur Quelle von Instabilität geworden. An die Stelle des Versprechens einer helleren Zukunft ist eine Utopie des Stillstands getreten.

Philipp Staab, geboren 1983, ist Professor für Soziologie von Arbeit, Wirtschaft und technologischem Wandel an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor am Einstein Center Digital Future. 2021 wurde er mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Im Suhrkamp Verlag erschien von ihm zuletzt *Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft* (es 2779).

Philipp Staab

Systemkrise

Legitimationsprobleme
im grünen Kapitalismus

Suhrkamp

edition suhrkamp 2823

Erste Auflage 2025

Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag GmbH, Berlin, 2025

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des
Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlaggestaltung nach einem Konzept von Willy Fleckhaus:

Rolf Staudt

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12823-7

Suhrkamp Verlag GmbH

Torstraße 44, 10119 Berlin

info@suhrkamp.de

www.suhrkamp.de

Inhalt

- 1 Einleitung: Das Paradox der großen Transformation 9
 - Das Versprechen der großen Transformation 11
 - Ein überraschendes Scheitern 14
 - Erklärungsversuche 17
 - Grüne Subjekte 23
 - Die soziale Ontologie der ökologischen Frage 26
 - Habermas im Anthropozän 29
 - Die These in den Begriffen der Krisentheorie: Sezession der Lebenswelt und Legitimationsprobleme ökologischer Modernisierung 32
 - Das Programm des Buches 34
- 2 Permanenter Modernisierungsbedarf: Vom Spätkapitalismus in die Gegenwart 39
 - System und Lebenswelt 40
 - Die soziale Evolution der Gesellschaft 44
 - Aufbruch aus dem Spätkapitalismus 49
 - Ankunft in der Spätmoderne 52
 - Das liberale Fundament wird gegossen 54
- 3 Poröses Fundament und morsche Balken: Die Identitätskrise der Spätmoderne 59
 - Das Zukunftsversprechen des Liberalismus 60
 - Zukunftsverlust: Die Erosion des liberalen Fundaments 66
 - Druck auf die Lebenswelt: Der Aufstieg von Selbsterhaltungsfragen 70

Der politische Konflikt als Kampf um Reproduktionschancen 74

Hobbes returns 78

- 4 Reparaturversuche: Widersprüche grüner Modernisierung und die Umpolung der Lebenswelt 81
 - Was heißt ökologische Modernisierung? 82
 - Ein Versuch der Selbstreparatur 87
 - Schutzzonen der Lebenswelt 89
 - Der ökologische und der politische Widerspruch des grünen Kapitalismus 92

- 5 Restaurativer Kapitalismus: Der Aufstand der Lebenswelt 98
 - Die Hoffnung auf eine ökologische Klassenpolitik 99
 - Die Entstehung eines antiökologischen Subjekts 103
 - Aufstand der Lebenswelt 109
 - Restoration statt Modernisierung 119

- 6 Feuerwehr in der Sinnkrise: Die Fragmentierung der Ökomodernen 122
 - Aufstieg der Nachhaltigkeit 123
 - Die Ökomodernen im politischen Sturm 128
 - Die *Lebenswelt der Abwehr* 131
 - Die *Lebenswelt des grünen Kapitals* 151
 - Die *Lebenswelt des Engagements* 158
 - Motivationsprobleme 169

- 7 Politiken der Projektion 173
 - Sezession als dialektisches Zurückschlagen der Lebenswelt gegen das System 174
 - Restaurative Modernisierung 181

Aggressiver Ritualismus: Politischer Wandel in der aus-
gehenden Spätmoderne 183
Politik der Kipppunkte 190

Anmerkungen 193

Literaturverzeichnis 211

I Einleitung Das Paradox der großen Transformation

»Krisenvorgänge verdanken ihre Objektivität dem Umstand, daß sie aus ungelösten Steuerungsproblemen hervorgehen.«

Jürgen Habermas (1973)

In den vergangenen Jahren ließen sich zwei Prozesse beobachten, die sowohl für eine Soziologie in Zeiten des Klimawandels als auch für die politische Zukunft der reichen Gesellschaften des alten Westens maßgeblich sind. Erstens nahmen dort verschiedene liberale Regierungen eine politökonomische Transformation in Angriff, welche die betreffenden Volkswirtschaften binnen weniger Jahrzehnte zur Klimaneutralität führen sollte. Der ökologischen Krise plante man nach Dekaden des Zögerns mit einer umfassenden Modernisierungsoffensive zu Leibe zu rücken: Energieproduktion, Verkehr, Industrie und Wohnen sollten so erneuert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft ohne schlechtes Gewissen Strom, Konsumgüter, Wohnraum und Mobilität nutzen könnten, da hierbei schon bald kaum mehr klimaschädliche Emissionen anfallen würden. Von den in diesem Prozess entstehenden grünen Jobs würden nicht zuletzt jene profitieren, die am unteren Rande der Arbeitsgesellschaft mehr schlecht als recht über die Runden kommen und daher immer öfter systemkritische Parteien wählen.

Politisch reagierte man auf diese Weise nicht nur auf ein seit den 1980er Jahren in den Bevölkerungen der betroffenen

den Länder immer weiter verbreitetes Wissen um die »Nebenfolgen« der industriellen Entwicklung.¹ Die grüne Erneuerung sollte auch politische Legitimität durch neue wirtschaftliche Optionen für große Teile der Bevölkerung stiften. Statt Freudensprünge bei den Bürgerinnen und Bürgern auszulösen, kam es allerdings zu einem Aufstand gegen ebendieses Programm: Es gab große Demonstrationen gegen die Besteuerung fossiler Energien; aus Protest gegen eine ökologische Bodenpolitik blockierten Landwirte in vielen europäischen Ländern Autobahnen und Regierungsviertel. In Deutschland sorgte ein Gesetz zur Erneuerung der Gebäudeenergieinfrastruktur für einen landesweiten Aufschrei. Die Regierung, die es geplant hatte, endete in vorzeitigen Neuwahlen, die sie krachend verlor. Zum wiederholten Male entschieden sich die US-Amerikaner für einen Präsidenten, der unter dem markigen Slogan »Drill, baby, drill!« statt einem ökosozialen Aufbruch den Ausbau fossiler Energien versprach, direkt nach seiner Wahl abermals aus dem Pariser Klimaabkommen austrat und die klimapolitischen Maßnahmen seines Vorgängers schleunigst rückgängig zu machen versuchte. Das ist der zweite Prozess: Was den Bürgerinnen doch eigentlich ihre umweltbezogenen und ökonomischen Sorgen nehmen sollte, entpuppte sich als politischer Sprengsatz. Auf den Aufbruch folgte ein aggressives Rollback.

Wie aber konnte es dazu kommen, dass ein Programm, das nicht nur die Entschärfung der Klimakrise in Aussicht stellte, sondern zudem versprach, in diesem Zusammenhang den dominanten Lebensstil hochindustrialisierter Gesellschaften unangetastet zu lassen und neue Optionen am Arbeitsmarkt zu schaffen, derart scheiterte? Warum gelingt es der ökologischen Modernisierung nicht, als erstrebenswertes

Projekt gesellschaftlicher Erneuerung wahrgenommen zu werden? Und: Was bedeutet dies für die politische Zukunft der betreffenden Gesellschaften? Das vorliegende Buch wird diese Fragen sowohl aus der Perspektive einer Krisengeschichte westlicher Gesellschaften als auch über die empirische Analyse des umweltpolitischen Gesellschaftskonflikts adressieren. Es formuliert die These, dass das Scheitern der grünen Erneuerung sich aus einer Identitätskrise der spätmodernen Gesellschaft ergibt, die sich dadurch auszeichnet, dass normative Orientierungen in der Bevölkerung im Kontext der ökologischen Frage in Widerspruch zu den Erneuerungsimperativen des Systems geraten und auf diesem Wege Probleme erzeugen, die die Quelle einer politischen Systemkrise bilden. Ich unterstelle damit zwei Dinge, die ich, genau wie diese These, noch ausführlicher begründen werde: erstens, dass die Verarbeitung der Umweltfrage von zentraler Bedeutung für den politischen Raum spätmoderner Gesellschaften ist; zweitens, dass dieser sich durch die soziologisch noch kaum verstandene soziale Ontologie der Umweltthematik längst massiv verändert hat.

Das Versprechen der großen Transformation

Mein Sohn kommt nächstes Jahr in die weiterführende Schule. Wir klappern jetzt die Tage der offenen Tür an verschiedenen Einrichtungen ab. Man lässt sich bei solchen Veranstaltungen von den Rektorinnen und Rektoren üblicherweise ihre pädagogischen Ansätze erklären und kann anschließend die Klassenräume besichtigen. Neulich haben wir uns eine Gesamtschule in einem bürgerlichen Stadtteil Berlins angesehen. Es war ein dunkler Winterabend, das Gebäude leuchte-

te warm und war voller Leben. Schüchterne Grundschüler schlichen durch die Gänge und versuchten sich zurechtzufinden. Selbstbewusste Teenager präsentierten ihre Seminarräume. Der Schulleiter pries den Gemeinschaftsgeist seiner Institution. Er zeigte Bilder von Klassenfahrten und Nachmittagsaktivitäten und erzählte, dass er die Leitung erst vor wenigen Jahren übernommen habe. Als seinen wichtigsten persönlichen Impuls betrachtete er den Unterrichtsschwerpunkt zum Thema Nachhaltigkeit. Arbeiten der Schüler hierzu könne man im ersten Stock begutachten. Dort empfing uns ein aufwändig gestaltetes Poster zum Klimawandel. Seine Überschrift formten die weltbekannten Worte der Klimaaktivistin Greta Thunberg: »Unser Haus brennt!«² 2019 hatte sie in einer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos diesen Slogan als Metapher für die drängende Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Umschwenkens genutzt. Bereits heute, so ihre Botschaft, seien unsere Lebensgrundlagen akut gefährdet.

Thunberg und die Berliner Schüler sind mit dieser Sorge keineswegs allein. Sie schwimmen nicht gegen den Strom der öffentlichen Beunruhigung, sondern kraulen höchstens schneller voran als die meisten. Denn die ökologische Krise wird von großen Teilen der Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen: Schon seit den frühen 1990er Jahren geben in Umfragen zwischen achtzig und neunzig Prozent der Deutschen an, furchtsam auf Umweltprobleme zu blicken, siebzig Prozent halten den Klimawandel heute gar für ein politisches Problem, dem sie in Fragebögen die höchstmögliche Relevanz (»sehr wichtig«) zusprechen.³ Die Beobachtung, dass das Haus brennt, wird also weithin geteilt. Gleichzeitig zeigt sich ein ökopolitisches Paradox: Zwar hat der größte Teil der Menschen Angst vor den Flammen. Aber gegen die politi-

schen Löschversuche regt sich massiver Unmut bis zu dem Punkt, dass die Feuerwehr davongejagt wird.

In Deutschland konnte man diesen Zusammenhang in den vergangenen Jahren besonders eindrücklich beobachten. Die zwischen 2021 und 2025 amtierende Bundesregierung hatte sich einer, im Vergleich zum bisher Dagewesenen, sehr ambitionierten Klimapolitik verschrieben. Man strebte die Dekarbonisierung der Wirtschaft an, die man in großen Schritten voranbringen wollte. Dafür griff man terminologisch auf ein einflussreiches Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen von 2011 zurück.⁴ Dort war von einer »großen Transformation« die Rede gewesen, die insbesondere in den Industriegesellschaften des Globalen Nordens stattfinden müsse. Sie wurde in dem Dokument als menscheitsgeschichtliche Aufgabe ausgelobt, deren Tragweite jene der neolithischen oder der industriellen Revolution erreichen müsse. Mit ihrer Orientierung an der schmissigen Formel der Transformation hoffte die Bundesregierung, ein positives Zukunftsprojekt zu entwerfen, hinter dem sich die Menschen langfristig versammeln könnten, eine ansprechende Vorstellung des Machbaren in einer Welt voller Probleme. »Ökonomische Entwicklung und ökologische Verantwortung« sollten miteinander in Einklang gebracht werden.⁵ Die Dekarbonisierung der Industrie durch die Umstellung auf grünen Wasserstoff, Klimabgaben auf CO₂-intensive Produkte und ambitionierte Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien, von Batterieproduktion, von Bahn und Elektromobilität sollten mit einer Stärkung von Umwelt-, Arten- und Naturschutz im Rahmen einer neuen Bodenpolitik verkoppelt, die Emissionen und Schadstoffe in der Landwirtschaft reduziert und natürliche CO₂-Senken (Moore, Wälder, Auen etc.) geschützt und wie-

derhergestellt werden. Als Leitgedanke und Ziel all dieser Maßnahmen fungierte die Idee einer »sozialökologischen Marktwirtschaft«, in der es einen »starken sozialen Ausgleich« für von Mehrbelastungen betroffene Haushalte geben und in der »insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen« besonders unterstützt werden sollten.⁶ Man wollte sowohl die umweltbezogenen als auch die wirtschaftlichen Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und in kollektiven Tatendrang überführen.

Ein überraschendes Scheitern

Das einstweilige politische Scheitern dieses Programms, das sich wie eben erwähnt keineswegs auf Deutschland beschränkt, ist vor diesem Hintergrund zweifellos erklärungsbedürftig. Dieser Eindruck wird noch durch den Umstand verstärkt, dass nicht nur die betreffenden Regierungen der Meinung waren, eine vielversprechende Strategie zu verfolgen. Man erwartete Zustimmung und Folgebereitschaft.

Sogar Kritiker des Modernisierungsansatzes, die etwa dessen Unfähigkeit, der ökologischen Problematik wirklich Herr zu werden, betonten, gingen von seinem *politischen* Erfolg aus.⁷ So haben beispielsweise die Geografen Geoff Mann und Joel Wainwright unlängst eine Skizze möglicher umweltpolitischer Szenarien gezeichnet, in der sie diesem Zugriff missmutig die größten Chancen einräumen, das bestimmende Paradigma »unserer planetaren Zukunft« zu bilden.⁸ Die beiden Autoren entwerfen vier Optionen einer Staatlichkeit, die sie durch die erwartete Zuspitzung von Schäden in diesem Zusammenhang gezwungen sehen, in bisher ungekannter Größenordnung auf Klimaprobleme zu reagieren. Für ihre

Heuristik rücken sie zwei Fragen ins Zentrum:⁹ Wird der jeweilige Staat kapitalistisch oder nichtkapitalistisch organisiert sein? Und: Wird sich seine politische Souveränität, wie bisher, auf begrenzte Gebiete wie die bestehenden Nationalstaaten beschränken, oder wird ein Akteur mit planetarer Souveränität entstehen? Beide Fragen ergeben eine Kreuztabelle, die vier Optionen für den Ökostaat der Zukunft enthält: Als »Klima-Leviathan« bezeichnen Mann und Wainwright die planetare und kapitalistische Variante. Es handle sich hierbei um eine technisch und machtmäßig aufgerüstete Form gegenwärtiger Umweltpolitik, die Skalierung des bestehenden Transformationsansatzes also, in der die detaillierte Überwachung natürlicher Ressourcen und deren Management an eine demokratisch legitimierte supranationale Autorität übergehen würde. Diese regule mit marktzentrierten Instrumenten (Zertifikatehandel, Steuern, Auflagen und Förderungen) die nachhaltige Nutzung der betreffenden Bereiche. Ein grüner Kapitalismus, administriert von globalen politischen Institutionen.

Der »Klima-Behemoth« bilde den Gegenspieler dieser grün-liberalen Weltregierung. Auch er setze auf Profitmaximierung und Privateigentum, verzichte aber auf den Ausbau planetarer Regierungsapparate und einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Der wiederholte Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und die vertiefte Hinwendung des Landes zu fossilen Energien kann man sich als Beispiel eines solchen Orientierungswechsels vorstellen. Ein entsprechendes Staatensystem wäre, mit den Worten der Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Eva Horn, von einer »Vielheit von territorialen Regierungen, deren Priorität Wirtschaftswachstum, deren Legitimation demokratisch oder auch populistisch-autoritär« geprägt.¹⁰ In der dritten Variante, dem »Kli-

ma-Mao«, würde dagegen ein planetarer Souverän die grüne Verjüngung auch gegen den Markt durchsetzen. Wie die begriffliche Orientierung an der chinesischen Entwicklungsstrategie vor der Öffnung für den Weltmarkt unmissverständlich nahelegt, setzte der Klima-Mao im Zweifelsfall auf brutale, autoritär durchgedrückte Modernisierungsmaßnahmen, bei denen er Millionen Opfer in Kauf nehmen würde.

Da beim grünen Leviathan dessen Ausrichtung an privaten Interessen, beim Behemoth die Ignoranz gegenüber dem Planeten und beim Klima-Mao dessen menschenverachtendes Potenzial normative Ablehnung hervorrufen, setzen die Autoren ihre Hoffnungen auf ein Szenario, das sie »Klima X« nennen. Dieses stellen sie sich als Effekt einer globalen sozialen Bewegung für Klimagerechtigkeit vor. Es wäre gekennzeichnet durch autonome, postkapitalistische, demokratische, egalitär organisierte und untereinander solidarische Kleinstaaten, die die natürlichen Ressourcen nach Allmende-Logik bewirtschafteten und dem zerstörerischen kapitalistischen Wachstum abgeschworen hätten.¹¹ Das Eintreten dieser Vision wird von Mann und Wainwright zwar ersehnt. Für wahrscheinlich halten sie es aber nicht, denn im Rennen um die Staatlichkeit der Zukunft liegt ihnen zufolge klar der Klima-Leviathan in Führung.¹² Er basiere auf einer breiten Allianz gesellschaftlicher Akteure, die er durch sein Versprechen auf neues Wirtschaftswachstum hinter sich versammle, welches sowohl kapitalistische Profite sprudeln ließe als auch Optionen auf sozialen Ausgleich, statt schmerzhafter Einschnitte in Aussicht stelle.

Erklärungsversuche

Der Widerstand gegen diesen grünen Modernisierungsstaat ist also nicht nur für dessen Befürworter, sondern auch für kritische Beobachter eine Überraschung. Offenbar ist es der großen Transformation keineswegs gelungen, immer mehr Truppen hinter sich zu versammeln. Sie ist vielmehr mit einem Aufstand konfrontiert worden, der sich gegen ihre Versuche der Erneuerung wendet, das Ruder Richtung Behemoth ausrichtet und damit die bestehende Klima- und Umweltpolitik in Schwierigkeiten bringt. Für die öffentlichen Diskussionen in Deutschland, ebenso wie für die Soziologie, war dieser Widerstand in den letzten Jahren daher ein wichtiges Thema. Medial hat man sich hier meist auf die Erklärung der Probleme einzelner Programme konzentriert, statt sich dem größeren Bild zuzuwenden: Die Bauernproteste, die sich 2024 am Wegfall von Dieselsubventionen für die Landwirtschaft und an Auflagen der EU entzündeten, waren so betrachtet das Resultat einer wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand stehenden Bauernschaft, deren Frustration sich eigentlich gegen die wachsende Bürokratie und gegen preisdrückende Discounter richtete. Der Widerstand gegen das Heizungsgesetz habe sich aus dem Durchstechen eines unfertigen Gesetzentwurfs ergeben, gegen den dann öffentlich agitiert wurde. *Shit happens, let's try again.*

Die Soziologie grub mit ihren Studien zum ökologischen Gesellschaftskonflikt dagegen wesentlich tiefer. Sie hat auf die sozialen Strukturen hinter dem Scheitern und dessen Bedingungen hingewiesen. Zwei Herangehensweisen lassen sich dabei grob unterscheiden. Eine erste Variante – man könnte sie als *Klassenthese* bezeichnen – thematisiert die Transformation zuvorderst als eine Frage sozialer Ungleichheit. Ent-

sprechende Studien operieren meist mit einer in der Klassenanalyse etablierten Unterscheidung zwischen objektiven Verhältnissen und subjektiven Deutungen. In objektiver Hinsicht ist weitgehend klar, dass reiche Menschen einen leichteren Zugang zu knappen natürlichen Ressourcen haben als ärmere. Sie sind auch seltener direkt mit Umweltrisiken konfrontiert, tragen durch ihren emissionsintensiven Lebensstil aber eine ungleich höhere Verantwortung für Schäden, profitieren stärker von Schutzmaßnahmen und haben mehr politischen Einfluss auf das Management natürlicher Ressourcen.¹³ Ärmere sind zudem von marktbasierter Versuchen der Bearbeitung der Klimafrage ungleich härter betroffen, da etwa Preisanstiege bei bestimmten Produkten ihre ökonomische Handlungsfreiheit unmittelbar einschränken. Die Problematik lässt sich daher in dem Sinne als eine »Klassenfrage im Werden« bezeichnen,¹⁴ dass ökologische Risiken, Verantwortlichkeiten, Einflusschancen und Einschnitte zwischen Oben und Unten höchst ungleich verteilt sind – mit massiven materiellen Konsequenzen: Reiche halten alle Trümpfe in der Hand. Sie verschmutzen den Planeten und sind auf einen ökopolitisch aktiven Staat weit weniger angewiesen als Ärmere, die sich schlechter selbst schützen können. Dies schlägt sich mental aber keineswegs in einer Polarisierung zwischen ökopolitisch orientierten unteren und skeptischen oberen Klassen nieder. Ausgerechnet in Teilen der oberen Mittelschichten, wo man sich gerne Flugreisen, ein großes Auto und viel Wohnraum leistet und die Emissionen pro Kopf daher hoch sind, befürwortet man eher eine ambitionierte Klimapolitik als unten, wo schon der Geldbeutel zu einem wesentlich umweltfreundlicheren Lebensstil mit weniger zu beheizenden Quadratmetern, öffentlichen Verkehrsmitteln und Urlaub im Inland zwingt.¹⁵

Man kann aus diesem Zusammenhang den Schluss ziehen, dass untere soziale Klassen dann für eine ambitioniertere Ökologienpolitik hätten gewonnen werden können, wenn diese stärker auf die ökonomischen Nöte der Ärmeren zugeschnitten gewesen wäre. Hätte man die Transformation als »sozialökologischen Klassenkonflikt« geframt, also stärker auf die materiellen Gewinne unterer Klassen geachtet, hätte man womöglich politische Mehrheiten zwischen Teilen der in Umweltfragen beunruhigten oberen Mittelschichten und den vor allem in finanzieller Hinsicht mit dem Rücken zur Wand stehenden Prekären organisieren können.¹⁶

So reizvoll und womöglich politisch vielversprechend dieses Gedankenspiel auch in Zukunft bleiben dürfte, so schnell gerät es in Schwierigkeiten, wenn man es zur Erklärung des Aufstandes gegen die große Transformation in Anschlag bringt. Drei Gründe sind hierfür ausschlaggebend: Erstens versprach die große Transformation ja gerade den Ausgleich sozialer Härten, nahm also zumindest narrativ die sozialen Risiken für prekäre Gruppen in ihrer Agenda der *sozialökologischen* Marktwirtschaft nachdrücklich ernst. Natürlich wurde gegen dieses Programm agitiert und ökonomische Furcht geschürt. Aber Medienkampagnen, die die Ängste vor der hohen Rechnung der Modernisierung für die Privathaushalte anfachten, können kaum eine ausreichende Begründung dafür liefern, dass dieses Versprechen auf aggressiven Widerstand stieß. Muss man nicht zumindest davon ausgehen, dass die Menschen bereits in einer spezifischen, defensiven Weise gestimmt waren, die es ihnen auch ohne Kampagnen schwierig gemacht hätte, den Verbesserungsaussichten Glauben zu schenken?

Jenseits der Vertrauenswürdigkeit der politischen Kommunikation wirkt zweitens auch die der Klassenthese hinter-